



## Wahlprüfsteine Bayern-Amateure-Bladdl – Antworten der ÖDP Bayern

1. Die bundesweite „Datei Gewalttäter Sport“ stand zuletzt immer wieder in der öffentlichen Kritik. Intransparenz und Willkür sind nur zwei der dabei vorgebrachten Kritikpunkte. Im Koalitionsvertrag vom 7. Dezember 2021 hielt die Bundesregierung fest, die Datei „Gewalttäter Sport“ in Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit, Löschfristen, Transparenz und Datenschutz reformieren zu wollen. Das ist bisher nicht passiert. Wie stehen Sie zur Datei „Gewalttäter Sport“?

Jede Erfassung von Straftätern gleich welcher Richtung muss selbstverständlich dem gesetzlichen Datenschutz entsprechen. Wir halten die Erfassung von gewaltbereiten Straftätern im Rahmen der Gesetze aber prinzipiell für sinnvoll.

2. 2021 wurde durch Zufall mit der bayerischen „EASy Gewalt und Sport“-Datei eine weitere Überwachungssoftware über Fußballfans bekannt.

Die Arbeitsgemeinschaft Fananwälte sprach von einer „neuen Dimension polizeilicher Datensammelwut“, während der Merkur titelte: „Fußballfans unter strenger Beobachtung: Bayern führt undurchsichtige Geheimdatei ein“

(<https://www.merkur.de/politik/bayern-muenchen-fans-ultras-politik-polizei-datei-easy-gewalt-sport-gruene-schulze-deisenhofer-zr-90934135.html>).

Wie stehen Sie zur „EASy Gewalt und Sport“-Datei? Wie gedenken Sie mit dieser Datei zukünftig zu verfahren?

Wir raten allen Betroffenen dazu, Regelungen, die sie für verfassungswidrig halten, auf dem Klageweg anzugreifen. Außerdem ist für diese Frage ausschließlich das Bayerische Staatsministerium des Inneren, derzeit von der CSU besetzt, zuständig.

3. In den vergangenen Jahren wurden immer mehr Fälle von willkürlicher Polizeigewalt sowohl in Deutschland, aber auch in Bayern bekannt. Opfer fühlen sich oft alleingelassen und hilflos. Wissenschaftliche Studien zu diesem Thema sprechen von einem großen Dunkelfeld und einem enormen Korpsgeist bei der Polizei. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um ungerechtfertigte Polizeigewalt zukünftig einzudämmen und den Opferschutz zu verbessern?

In unserem Landtagswahlprogramm treten wir dafür ein, dass „Maßnahmen im Rahmen polizeilicher oder staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen den Betroffenen gegenüber auch ohne anwaltliche Vertretung transparent und nachvollziehbar dargestellt werden.“

Es ist uns aber schwer verständlich, dass es bei sportlichen Großereignissen nicht selten zu Situationen kommt, die für Beteiligte gefährlich werden und deshalb von der Polizei begleitet, geregelt und eingedämmt werden müssen. Ist es eigentlich unzumutbar, von allen Besuchern zu verlangen, sich ordentlich zu verhalten?

4. Am 19.11.2022 hat ein Polizeieinsatz bei der Partie zwischen Türkügücü und den Bayern-Amateuren zu zahlreichen Verletzten geführt. Michael Gerlinger, Chefjurist beim FC Bayern kritisierte das Vorgehen der Polizei: „Ich habe Videos von dem Einsatz gesehen, wie ich sie in meiner 20-jährigen Tätigkeit nicht erlebt habe.“ Angesichts des flächendeckenden Pfefferspray-Gebrauchs und Schlagstockeinsatzes entfachte eine öffentliche Debatte nach der Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes, die auch im Landtag thematisiert worden war. In welcher Form setzten und setzen Sie sich für eine Aufarbeitung ein?

Es ist nicht die Aufgabe einer politischen Partei, solche Ereignisse „aufzuarbeiten“. Diese Aufgabe kommt alleine der Dienstaufsicht der beschuldigten Beamten und gegebenenfalls den ordentlichen Gerichten zu.

5. „Wahlloser“ Pfefferspray-Einsatz und ein Einschlagen selbst „auf bereits wehrlos am Boden liegende Personen“, wie die Fanvereinigung der Bayern-Fans, der Club Nr. 12 konstatierte. Und das alles, nur um eine Fahne mit der Aufschrift „FC Bayern-Fanklub Kurdistan“, eine Botschaft, die keinerlei strafrechtlich relevanten Inhalt enthält, zu beschlagnahmen. Wie wollen Sie gewährleisten, „dass sich die bayerische Polizei (nicht erneut) zum Erfüllungsgehilfen einer Diktatur macht, deren langer Arm offensichtlich bis nach München reicht“ (<https://clubnr12.org/news/228-vorkommnisse-beim-spiel-tuerkguecue-muenchen-bayern-amateure/>)?

Auch für diesen Vorfall gilt, was wir zu Frage 4 geantwortet haben.

6. Nur 13 Tage nach dem Spielabbruch hatte das hinter verschlossenen Türen tagende Verbandssportgericht des Bayerischen Fußball-Verbandes (BFV) unter anderem einen Zuschauerausschluss für die Neuansetzung verfügt. Ein Ausschluss unter anderem derer, die von der Eskalation der Polizeigewalt betroffen gewesen waren – das dürfte im Rechtsverständnis bisher beispiellos gewesen sein. Gewährt der Freistaat Bayern unter dem Aspekt der „Autonomie des Sports“ eine Paralleljustiz?

Die Verbandssportgerichte regeln die Angelegenheiten und Konflikte, die zum internen Verantwortungsbereich der Sportverbände gehören. Spieler- oder Zuschauersperrungen fallen nicht in die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte unseres Landes. Offensichtliche Verletzungen von Persönlichkeitsrechten durch Sportgerichte können aber von den Betroffenen vor ordentlichen Gerichten beklagt werden.

7. Haben Sie sich im konkreten Fallbeispiel vom BFV unterrichten lassen, wie Sie zur Urteilsfindung gelangten? Sehen Sie generell Reformbedürftigkeit in der Sportgerichtsbarkeit?

Nein. Die ÖDP pflegt keine direkten Beziehungen zum BFV und wir nehmen auch an, dass sich der BFV Einmischungen von außen verbitten würde. Ob die Sportgerichtsbarkeit reformiert werden muss, müssen die Mitglieder der Sportverbände entscheiden, nicht irgendjemand anderes.

8. Bei der Vorstellung der ÖPNV-Strategie kündigte der bayerische Verkehrsminister Christian Bernreiter an, die ÖPNV-Fahrgastzahlen bis 2030 verdoppeln zu wollen. An fast allen Bundesliga-Standorten ist Nutzung des Nahverkehrs in der Eintrittskarte enthalten. In Bayern beim größten und finanzstärksten Klub, dem FC Bayern dagegen nicht. An jedem Wochenende pilgern allein in Bayern über Hunderttausend zu den Fußballstadien. Wie wollen Sie für eine (preislich) attraktive Gestaltung sorgen, dass Bus und Bahn verstärkt als Zuschauer-Anreisemittel wahrgenommen werden können?

Die Förderung des ÖPNV ist eines der wichtigsten Projekte einer am Klimaschutz orientierten Verkehrs- und Sozialpolitik. Die Einführung des 49-Euro-Tickets (mit den weiteren Vergünstigungen für junge Menschen) sollte auch das Problem beim Besuch der Bayern-Spiele lösen.

9. 2024 gastiert die Fußball-Europameisterschaft mit dem Spielort München auch in Bayern. Im Koalitionsvertrag hielt die Bundesregierung fest, die Bevölkerung im Rahmen von Sportgroßveranstaltungen rechtzeitig einzubeziehen. Ist dies Ihrer Meinung nach in Bayern bzw. München erfolgt?

Nein. Eine öffentliche Debatte über diese Frage ist bisher nicht feststellbar. Sie war und ist offensichtlich nicht gewollt.

10. Die Politik gewährt der UEFA zur EM 2024 nicht nur Steuer- und Zollfreiheit, sondern gewährleistet der UEFA und seinen Werbepartnern neben einer angemessenen Beflagung auch die kostenlose Bereitstellung von prominenten innerstädtischen Werbeflächen. Fußballverbände unterwerfen sich diktatorischen Regimen und machen sich gleichzeitig demokratisch regierte Länder zum Untertan. Wie wollen Sie gewährleisten, dass am bayerischen Austragungsort der EM 2024 sich nicht dem kommerziellen Interesse der UEFA untergeordnet wird?

Wir teilen Ihre Kritik an dem Verhalten der UEFA, der FIFA und vieler großer Clubs in Sachen Menschenrechte und Partnerschaften mit undemokratischen Staaten. Auch die mittlerweile übliche Durchsetzung von Steuer- und Zollfreiheit durch internationale Sportverbände ist skandalös. Da die entsprechenden Verträge mit der UEFA aber bereits abgeschlossen wurden, gibt es keine Möglichkeit zur Korrektur mehr. Wir werden aber nach

einem Einzug in den Landtag auf eine künftige Beachtung rechtsstaatlicher und kaufmännisch fairer Bedingungen bei sportlichen Großveranstaltungen drängen.

11. Im Koalitionsvertrag vom 7. Dezember 2021 hielt die Bundesregierung fest, dass die „Vergabe und Ausrichtung von internationalen Sportgroßveranstaltungen strikt an die Beachtung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und Nachhaltigkeit geknüpft sein“ sollen. In der vorherigen Wahlperiode hatte das Bundesinnenministerium auf eine FDP-Anfrage zu Sport und Menschenrechten mitgeteilt: „Der Bundesregierung ist nicht bekannt, dass sich in den vergangenen zehn Jahren die Menschenrechtslage in einem Staat allein aufgrund der Ausrichtung einer Sportgroßveranstaltung dauerhaft verbessert hätte.“ Müssen wir davon ausgehen, dass sich die Menschenrechtslage im Freistaat Bayern trotz der EM2024 nicht verbessern wird?

Die Menschenrechtslage in Bayern ist im europäischen und globalen Vergleich sehr gut, wenn auch in Einzelfällen zu prüfen und zu verbessern. Die EM2024 hat keinen Einfluss auf die Menschenrechtslage in Bayern.

12. Auch der FC Bayern München e.V. bekennt sich qua seiner Satzung „zum Respekt gegenüber allen international anerkannten Menschenrechten und setzt sich für die Achtung dieser Rechte ein“ und „setzt sich als Mehrheitsaktionär der FC Bayern München AG für die Umsetzung der Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen ein“. Neuer Werbepartner ist das diktatorisch geführte Ruanda, wozu Wenzel Michalski von Human Rights Watch sagte: „Wer gedacht hatte, dass der FC Bayern den Sponsor aus Menschenrechtsgründen wechselt, der wurde jetzt hart enttäuscht. Die Partnerschaft mit Ruanda ist eine ganz schlechte Wahl.“

(<https://www.kicker.de/ganz-schlechte-wahl-human-rights-watch-kritisiert-neues-bayern-sponsoring-966000/artikel>)

Vom bayerischen Ministerpräsidenten außer Diensten, Edmund Stoiber, der im Aufsichtsrat der FC Bayern München AG und Verwaltungsbeirat des FC Bayern München e.V. sitzt, der CSU-Bundestagsabgeordneten Dorothee Bär, dem ehemaligen bayerischen Finanzminister Georg Fahrenschon, der ehemaligen bayerischen Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Marion Kiechle, dem SPD-Bundesvorsitzenden Lars Klingbeil, Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter, dem CSU-Landtagsabgeordneten Josef Schmid, allesamt im Teil des Verwaltungsbeirats des FC Bayern, ist dagegen nichts zu hören.

Gehört es nicht zum politischen Wirken Rede und Antwort zu stehen?

Der in der Frage 12 geschilderte Fall muss alle menschenrechtsorientierten Fußballfans empören. Dass die aufgezählten aktiven und ehemaligen Politikerinnen und Politiker von CSU und SPD die Entscheidung des Bayern-Vorstandes unkommentiert lassen und insofern billigen („wer schweigt, stimmt zu“), ist zu verurteilen.